«Bündel kleinerer Massnahmen»

Samuel Hess über das regierungsrätliche Programm zur Konjunkturstützung

Wirtschaftsplatz Basel. Unter anderem dank der Pharma (im Bild: Novartis) ist die Krise hier noch kaum spürbar. Foto Roland Schmid

INTERVIEW: PATRICK MARCOLLI

Die Basler Regierung hat einen Dreistufenplan entworfen, mit welchem in der aktuellen Wirtschaftskrise die Konjunktur gestützt werden soll.

Ausgearbeitet hat den Dreistufenplan eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter der Leitung von Samuel Hess vom Amt für Wirtschaft und Arbeit. Der BaZ erklärte Hess, warum ein grösseres Konjunkturprogramm für die Regierung nicht infrage kam.

BaZ: Herr Hess, können Sie beziffern, wie viel Geld die Basler Regierung insgesamt zur Stützung der Konjunktur aufwendet?

Foto Lukas Gysin

SAMUEL HESS: Ja, die zusätzlichen Investitionen betragen 2009 und 2010 gut 80 Millionen Franken. Ich muss aber betonen: Es handelt sich nicht um ein eigentliches Konjunkturprogramm, sondern um eine Bündelung von kleineren Massnahmen.

Verhält sich die Regierung also «antizyklisch light»? Oder warum hat sie explizit kein Konjunkturprogramm verabschieden wollen, welches nach aussen wirksamer gewesen wäre?

Ein grösseres Konjunkturprogramm wäre nicht angesagt gewesen. Wir wollen uns nicht zusätzlich verschulden oder mit den Massnahmen wiederkehrende Kosten generieren. Man muss zudem bedenken, dass die Steuereinnahmen in nächster Zukunft zurückgehen und die Sozialhilfekosten wieder steigen werden.

Ausserdem gibt es noch die Schuldenbremse. Ist aus Sicht des Regierungsrats der Abstand zur massgeblichen Grenze auch nach den Stützungsmassnahmen noch gross genug?

Ja, das ist eindeutig so.

Die interdepartementale Arbeitsgruppe, welche die Massnahmen zur Konjunkturförderung koordiniert, besteht seit Dezember. Was hat sich in der Zwischenzeit verändert?

Die Aussichten haben sich verschlechtert. Wir haben aber schon vergangenes Jahr angenommen, dass sich die Krise nicht auf das Jahr 2009 beschränken wird.

Was genau ist die Aufgabe der Arbeitsgruppe?

Wir sollen in der aktuellen Phase keine Massnahmen kreieren, sondern vorgeschlagene Massnahmen wie Budgetpostulate bewerten und einordnen und dann der Regierung regelmässig berichten. Erst in dritter Linie werden wir selbst aktiv.

Drei vorgezogene Budgetpostulate verlangen Investitionen oder Budgeterhöhungen von rund 50 Millionen Franken im Budget 2010. Entfalten diese Massnahmen wegen der Zeitverzögerung ihre Wirkung überhaupt präzise genug?

Wir sind der Meinung, dass Massnahmen, die 2009 oder 2010 Wirkung entfalten, grundsätzlich zu begrüssen sind.

Handelskammer-Direktor Andreas Burckhardt moniert, das Konjunkturstützungsprogramm der Regierung enthalte ausschliesslich staatliche Zahlungen und es würden keine zusätzlichen fiskalischen Anreize oder neue Deregulierungen für die Wirtschaft vorgeschlagen. Wieso nicht?

Die Regierung ist der Meinung, dass jetzt erst einmal das Steuersenkungspaket seine Wirkung entfalten soll; Unternehmen werden darin ja auch entlastet. Zusätzliche Steuersenkungen sind nicht vorgesehen. Bei den administrativen Entlastungen für Unternehmen ist der Bedarf erkannt: Soeben wurde zum Beispiel das Bewilligungswesen stark vereinfacht. Ausserdem kommt die Regierung mit ihrem Gegenvorschlag zur KMU-Initiative gegen die «Vorschriftenflut» dem Gewerbeverband ein grosses Stück entgegen und geht zum Teil sogar über die Initiative hinaus.

Mehr Geld investieren

POSTULATE. Zur Stufe 2 des Konjunkturfahrplans der Regierung zählen Massnahmen, die bereits in Planung sind – so die vorgezogenen SP-Budgetpostulate im Umfang von 50 Millionen Franken. Sie fordern eine Erhöhung der Investitionsrechnung, mehr Geld für Planung und Unterhalt sowie die Ausdehnung der energetischen Gebäudesanierung. Zusätzlich will der Regierungsrat die Planungskapazität zum Ausbau des Velowegnetzes erhöhen und den Ratschlag für den Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes beschleunigen. Daneben soll mit Bundeshilfe ein Start-up-Center für Jungunternehmen eingerichtet werden. map

Mieter zieht wegen IWB-Stromsperre vor Gericht

Nierenkranker sechs Wochen ohne Warmwasser

RENATO BECK

Die IWB drehten einem Haus den Strom ab, weil der Vermieter die Rechnungen nicht zahlte. Leidtragende waren die Bewohner, darunter ein Nierenkranker. Die IWB haben nun ihre Inkassopraxis geändert.

Der Fall könnte längst abgeschlossen sein. Der Strom fliesst wieder, gegen den Vermieter läuft eine Betreibung und auch Peter König* geht es nach einer Nierentransplantation wieder besser. Doch König empfindet es als grosse Ungerechtigkeit, wie die Industriellen Werke Basel (IWB) mit ihm und anderen Mietern umgegangen sind. Unterstützt vom Mieterverband will er, dass den IWB beim Geldeintreiben engere Grenzen gesetzt werden.

Im April letzten Jahres stellten die IWB in seinem Wohnhaus den Strom ab, obwohl König seine Rechnungen immer bezahlt hatte. Der Grund dafür war beim Vermieter zu suchen. Dieser kassierte zwar von den Bewohnern Monat für Monat via Nebenkosten Beiträge an die Stromrechnung, leitete das Geld aber nicht an den Energielieferanten weiter. Offenbar steckte der Hausbesitzer in finanziellen Schwierigkeiten.

DRUCK AUF MIETER. Dafür, so sieht es der Mieterverband (MV), der von König um Hilfe gebeten wurde, mussten die Mieter geradestehen. «Die IWB luden den gesamten Druck auf den Schultern der Bewohner ab», sagt Beat Leuthardt, Jurist des MV. Erst als die IWB herausfanden, dass im Haus auch eine hochschwangere Frau wohnte, drehten sie den Strom wieder auf. Das war nach sechs Wochen.

Auch König (62) litt in dieser Zeit, er sei «ein Nierenkranker im Endstadium» gewesen, der regelmässig ins Spital zur Dialyse musste. Der IV-Rentner musste sowohl auf den Lift als auch auf warmes Wasser verzichten. «Es war schwer zu ertragen», ärgert sich König. Mithilfe von MV-Jurist Leuthardt formulierte er eine Beschwerde an das Baudepartement.

Leuthardt nennt das Vorgehen der IWB einen «Pfusch von A bis Z». Er kritisiert auch die Art und Weise, wie die Bewohner vor der Massnahme informiert wurden. Es habe keine Abklärungen gegeben, ob sich sogenannte Härtefälle unter den Bewohnern befanden, die – so will es das Gesetz – das Stromabstellen verunmöglicht hätten.

BETREIBUNGEN. Die IWB sprechen von einem «unglücklichen Fall für alle Beteiligten». Die Betroffenen hätten sich aber sogleich melden sollen, dann wäre der Strom nicht abgestellt worden, sagt Mediensprecher Erik Rummer. Seither habe man die Inkassopraxis geändert. «Stromsperren werden in derartigen Situationen nicht mehr verhängt», bekräftigt Rummer. Jetzt werde nach erfolglosen Mahnungen die Betreibung eingeleitet; betroffen seien eine «Handvoll Fälle». «Das dauert aber mindestens neun Monate, bis wir Geld sehen», so Rummer weiter.

Nun muss das Verwaltungsgericht klären, mit welchen Massnahmen die IWB Schulden eintreiben dürfen. Denn Königs Beschwerde wurde ebenso abgewiesen wie ein folgender Rekurs. Auch eine Interpellation von MV-Präsidentin Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis) im Grossen Rat blieb ergebnislos. Der Regierungsrat stellte sich schützend vor den Staatsbetrieb. Bernasconi wirft der Regierung vor: «Sie will das Problem aussitzen.»

Die IWB lassen offen, ob sie nach dem Gerichtsentscheid zur aggressiven Praxis zurückkehren. Rummer: «Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit für die Schulden Einzelner aufkommen muss.»

*Name geändert

Gemeinderäte geben sich bedeckt

Riehen. Ein Jahr vor den Wahlen loben die sieben Mitglieder die Stimmung im Gremium

RALPH SCHINDEL

Wollen es alle Riehener Gemeinderäte wieder wissen und kandidieren sie für die kommende Legislatur? Die meisten geben sich unverbindlich. Nur die beiden Gemeinderätinnen stehen zu ihren Ambitionen.

Am 7. Februar 2010 sind in Riehen Gesamterneuerungswahlen. Neben dem 40-köpfigen Einwohnerrat muss auch der siebenköpfige Gemeinderat neu bestellt werden. Wobei sich nicht viel ändern wird, wenn es nach den aktuellen Gemeinderäten geht. Das zeigt eine kleine Umfrage der BaZ unter den Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern.

Viele wollen zuerst mit ihrer Partei sprechen, bevor sie sich in der Öffentlichkeit exponieren. «Noch ist nichts spruchreif», sagt Matthias Schmutz (53, EVP), der seit 2006 in der Exekutive sitzt und für die Siedlungsentwicklung zuständig ist. «Wenn er sein Amt wie bisher nicht vernachlässigt, gibt es keinen Grund, gegen seine Kandidatur zu sein», sagt Herbert Streit, Co-Präsident der EVP Riehen-Bettingen.

KOMPLETTE AMTSZEIT. Parteikollege und Gemeindepräsident Willi Fischer (59) gibt sich weniger zugeknöpft. «Falls mich die Partei noch einmal aufstellt, mache ich gerne noch eine Legislaturperiode.» Wichtig sei ihm, dass er gesund bleibe. Es wäre die erste komplette Amtszeit als Gemeindepräsident für Fischer, der 2005 den verstorbenen Michael Raith ersetzte. Fischer ist seit 1998 im Riehener Gemeinderat.

Noch offener sind Irène Fischer-Burri (62, SP) und Maria Iselin-Löffler (62, LDP). «Ich trete noch einmal an», sagt Fischer-Burri. «Wenn es so weit ist, stelle ich mich zur Verfügung», so Iselin-Löffler. Fischer-Burri steht als Gemeinderätin in der zweiten Legislatur, «eine dritte wäre gut.» In nächster Zeit werden verschiedene Projekte in ihren Bereichen Freizeit und Sport sowie Umwelt spruchreif – zum Beispiel das geplante Naturbad von Herzog & de Meuron an der Weilstrasse, das die der Zollfreistrasse zum Opfer gefallene Riehener Badi ersetzen soll. «Ich mache den Job gerne, es ist eine tolle Aufgabe.»

ROTER FADEN. Maria Iselin-Löffler betont zwar, dass die Partei nominiere. «Ich übe das Amt aber nach wie vor gerne aus.» Iselin-Löffler ist seit 1994 im Gemeinderat und betreut Kultur und Bildung. Derzeit steht die Kommunalisierung der Primarschulen an; die Umsetzung läuft. «Die Bildung zieht sich als roter Faden durch meine politische Karriere.» Und in der Kultur empfindet sie deren gesetzliche Verankerung sehr wichtig. «Wenn das kantonale Gesetz in Kraft ist, haben wir eine Grundlage für die Gemeinde.»

Die weiteren Exekutivmitglieder sind noch eher zugeknöpft. Marcel Schweizer (48, FDP), der 2002 gewählt wurde und die Bereiche Allmend und Verkehr sowie Versorgung und Entsorgung unter sich hat, will sich zuerst mit seiner Partei besprechen. «Persönlich kann ich mir eine Kandidatur vorstellen, ich will aber nicht der Partei vorgreifen.» Andere Personen in der FDP seien ebenfalls vorstellbar.

Auch Christoph Bürgenmeier (54, LDP) will zuerst parteiinterne Gespräche führen. «Und mit mir selbst», sagt der Vizepräsident des Gemeinderats und Verantwortliche für Finanzen und Steuern; er präsidiert zudem die LDP Basel-Stadt. Bürgenmeier wurde 1994 gewählt. Ähnlich unverbindlich äussert sich auch Michael Martig (46, SP), seit 2006 im Gemeinderat und für Gesundheit und Soziales zuständig. Er verweist auf das Prozedere, das erst parteiintern beginne. «Der Wahlausschuss hat sich erstmals getroffen, bis im Sommer sollten wir Klarheit schaffen.»

FREUDE AM AMT. Allen Gemeinderatsmitgliedern gleich ist die Freude am Amt. Dies hängt mit der Aufgabenstellung zusammen, aber auch mit der Stimmung im Gremium. «Es ist eine tolle Art der Zusammenarbeit», sagt Martig. Die Diskussionskultur sei gut, sagt Iselin-Löffler: «Alle denken mit, das Klima ist konstruktiv-kritisch.» Und Willi Fischer meint, mit der aktuellen Konstellation lasse sich gut arbeiten, «wir finden gescheite Lösungen».

Bürgerliche blasen zum Angriff

ZAUBERFORMEL. Der Riehener Gemeinderat setzt sich aus zwei EVP-, zwei SP-, zwei LDP- und einem FDP-Politiker zusammen. CVP und SVP sind in der Exekutive nicht vertreten. Das soll sich in der kommenden Legislatur ändern – und Riehens Zauberformel mit vier Mitte-links-Politikern und drei Bürgerlichen gesprengt werden. Laut Daniel Albietz, Präsident der CVP Riehen-Bettingen, will seine Partei bei den nächsten Gesamterneuerungswahlen antreten. «Wir haben valable Kandidaturen, entschieden ist aber noch nichts.» Marlies Jenni fehlten vor drei Jahren im ersten Wahlgang nur 23 Stimmen für den Einzug in den Gemeinderat. Die CVP wird aber auch noch das Gespräch mit den anderen bürgerlichen Parteien suchen. Noch nicht klar ist, ob Christian Heim erneut kandidiert. «Das ist absolut offen», sagt Heim. Heims DSP hat vor einer Woche ihre Auflösung beschlossen. Heim scheiterte 2006 im zweiten Wahlgang. Sicher antreten will hingegen die SVP. «Wir haben drei Männer, die kandidieren wollen», sagt SVP-Präsident Eduard Rutschmann. Bis zu den Sommerferien soll klar sein, wer für die SVP antritt. Bei den neu gegründeten Grünliberalen laufen Überlegungen, sagt Präsident Thomas Zangger. rs

nachrichten

Geld für neue Gräber auf dem Hörnli

GEMEINSCHAFTSGRAB. Für zusätzliche Bestattungsanlagen auf dem Friedhof Hörnli beantragt die Basler Regierung dem Grossen Rat Kredite von insgesamt 3,42 Millionen Franken. Neben einem neuen Gemeinschaftsgrab sind 420 zusätzliche Urnennischen vorgesehen. Die neue Gemeinschaftsgrabanlage soll für 3 Millionen Franken in zwei Etappen bis 2011 realisiert werden. Auf das anonyme Gemeinschaftsgrab entfallen 80 Prozent der rund 1350 jährlichen Urnenbeisetzungen auf dem Friedhof Hörnli. Gross ist daneben auch die Nachfrage nach Urnennischen in traditioneller Art, die in einer Wand oder Stützmauer integriert sind. Freie Urnennischenplätze gibt es derzeit bloss noch in der Abteilung 12, die jedoch nur bis übernächstes Jahr reichen dürften. Deshalb sollen in der auf eine Erweiterung ausgelegten Abteilung 12 für 420 000 Franken 420 neue Urnennischen erstellt werden, liess die Regierung gestern verlauten. SDA

FDP Riehen: Zappalà löst Meyer ab

WECHSEL. An ihrer Generalversammlung wählte die FDP Riehen einstimmig Andreas Zappalà zu ihrem neuen Präsidenten. Der derzeitige FDP-Fraktionspräsident im Riehener Einwohnerrat löst damit Thomas Meyer ab, der nach siebenjähriger Amtsdauer zurücktritt.